

FDP

Wir Liberalen.

PRD

Les Radicaux.

Bericht über Junisession 2009 des Grossen Rates

In der Junisession 2009 hat sich der Grosse Rat mit einer Fülle von Geschäften befasst, wobei einmal mehr die Traktandenliste nicht vollständig abgearbeitet werden konnte. In Anbetracht der Grossratswahlen im nächsten Jahr nimmt die Vorstossflut sichtbar zu. Dies vor allem seitens der Sozialdemokraten, welche offenbar ein Profilierungsdefizit verspüren. Dass einige Vorstösse – mindestens vorläufig – nicht behandelt werden konnten, löst jedoch nicht immer Bedauern aus. So dürfte derjenige betreffend die schwarzen Schwäne ruhig noch weiter hinausgeschoben werden ...

Eine Auswahl der Geschäfte der Junisession sei hier präsentiert:

Stimmrechtsalter 16 (2. Lesung)

Mit drei Stimmen Unterschied (76:73) sprach sich der Grosse Rat für die Einführung des aktiven (nicht aber des passiven) Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren aus. Bern wäre (nach Glarus) der zweite Kanton, der seine Verfassung entsprechend ändern würde. Die Forderung wurde im Juni 2007 von linker Seite eingebracht. Die FDP stimmte (mit wenigen Enthaltungen) gegen diesen Vorschlag, weil sie ein Auseinanderklaffen des Mündigkeits- und des Stimmrechtsalters für unsinnig erachtet. Ebenso hielten wir es für nicht nachvollziehbar, dass Jugendliche unter 18 Jahren zwar keine Zigaretten kaufen dürfen, weil man sie nicht für reif genug hält, für sich und ihre Gesundheit Verantwortung zu tragen, dass sie dann aber an der Urne über Millionenkredite befinden sollen. Die Verfassungsänderung wird am 29. November 2009 dem Volk zur Entscheidung vorgelegt. Aufgrund von Meinungsumfragen und verschiedener Volksabstimmungen (z.B. Basel Stadt, Uri) ist absehbar, dass das Volk hier letztlich klar ablehnend entscheiden wird.

Investitionsfondsgesetz und Grossratsabschluss betr. vorläufige Aeuffnung

Mit der Einführung einer Schuldenbremse für die Investitionsrechnung im Jahr 2008 wurde neben der Defizitbremse (neu: Schuldenbremse für die laufende Rechnung) ein zusätzliches Instrument zur Beschränkung des staatlichen Ausgabengebarends eingeführt. Gemäss Abstimmungsbotschaft vom 24. Februar 2008 an die Stimmberechtigten soll die Schuldenbremse für die Investitionsrechnung bewirken, dass der Kanton seine Nettoinvestitionen mittelfristig zu 100 Prozent mit eigenen Mitteln (also ohne Fremdkapital) finanziert. Die Nettoinvestitionen müssen nicht jedes Jahr, sondern über den Zeitraum von vier Jahren vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Die mittelfristige Perspektive erlaubt es dem Kanton, sich in finanzpolitisch schwierigen Zeiten ausnahmsweise zu verschulden, um Investitionen zu tätigen. Sanktionsinstrumente (Kompensationsregeln) sorgen dafür, dass der kantonale Haushalt trotzdem auf Kurs bleibt, Abweichungen von der Zielgrösse möglich sind, aber die Ausnahme bleiben. Die Schuldenbremse für die Investitionsrechnung gelangt nur zur Anwendung, wenn die Schuldenquote über 12 Prozent liegt.

Der vorliegende Gesetzesentwurf bezweckt nun, die Verfassungsbestimmungen über die Schuldenbremse inhaltlich abzuändern. Die Regierung erklärt dazu ausdrücklich, es sei ein Problem dass „positive Rechnungsabschlüsse mit Blick auf die Schuldenbremse nicht angerechnet werden könnten, d.h. nicht angespart werden könnten“.

FDP, SVP und EDU sprachen sich gegen den neuen Fonds aus und unterlagen in der Eintretensabstimmung. Ihre 2 Hauptargumente gegen die Vorlage waren: 1. Der Gesetzesvorschlag widerspreche der Kantonsverfassung bzw. die bisherigen Bestimmungen genügten und 2. es fehlten ausführungsfähige Projekte.

Aufgrund eines Antrags der FDP findet noch eine 2. Lesung statt. In der Zwischenzeit wird die Steuerungskommission bzw. ein universitärer Gutachter die Frage der Verfassungsmässigkeit seriös abklären. *Affaire à suivre ...*

Motion Haas/Brand/Hess/Schneiter betr. „Kein Verzicht auf StG-Revisioin 2011!“

Mit einer Motion verlangten FDP, SVP, BDP und EDU vom Regierungsrat, dass er dem Grossen Rat rechtzeitig eine Revisionsvorlage für eine Steuergesetzrevision 2011 unterbreite. Inhaltlich sollte die Vorlage mehr bringen als bloss eine Umsetzung von zwingendem Bundesrecht und den Ausgleich der kalten Progression.

Der Regierungsrat wollte die Motion nur als Postulat entgegen nehmen, unterlag aber zusammen mit den Linken im Rat deutlich (76:66 Stimmen).

Motion der SP für eine „Sicherheitsabgabe für Grossveranstalter“

Mit einer Motion verlangte die SP eine neue Abgabe ähnlich der vor einigen Jahren abgeschafften Billettsteuer, mit welcher die Gemeinden die Aufwendungen für die Sicherheit den Veranstaltern überwälzen könnten.

Der Rat lehnte den Vorstoss deutlich ab, weil es keine zusätzliche Rechtsgrundlage für eine Kostenübertragung brauche. Die Gemeinden sind nämlich bereits jetzt befugt, gemäss Polizeigesetz (und entsprechender Rechtsprechung des Bundesgerichts) bei Grossanlässen den Veranstaltern einen ansehnlichen Teil der Kosten zu überwälzen.

Ueberparteiliche Motion „Gegen eine Senkung des Labortarife“

Der Grosse Rat verpflichtete die Regierung dazu, sich beim Bund für die Beibehaltung der gültigen Labortarife in Arztpraxen einzusetzen. Die Exekutive wies vergeblich darauf hin, dass die Senkung bereits am 1. Juli in Kraft treten wird.

Motion Pfister/Kohler FDP betr. Gesetzesmissachtungen in der Spitalversorgung

Mit einer Motion ersuchten freisinnige Mitglieder der Steuerungskommission den Regierungsrat, die Umsetzung der Spitalversorgung nach den gesetzlichen Vorgaben vorzunehmen. Nämlich:

- Übernahme der Infrastruktur: Nach Artikel 86 ist der Kanton Eigentümer, nach Artikel 91 wird der Kanton zwingend Eigentümer der Spitalliegenschaften.
- Artikel 29 + ff. Finanzierung: im Spitalversorgungs-Gesetz (SpvG) ist in keinem Artikel eine Bürgschaftsleistung des Kantons gegenüber den RSZ vorgesehen.
- Einreichung der Jahresrechnungen der RSZ: Sicherstellung, dass die Jahresrechnungen der RSZ bis zur Erstellung des Geschäftsberichts eingereicht und durch die zuständigen Stellen geprüft werden können.

Die Motion wurde angenommen und schliesslich als erfüllt abgeschrieben.

Motion Zumstein (FDP) für mehr Mittel für Kinderbetreuung

Die freisinnige Motionärin verlangte, dass der Kanton mehr Geld für die familienergänzende Kinderbetreuung aufwendet, nämlich in den Jahren 2010 und 2011 zusätzlich je zwei Millionen.

Die FDP begründete ihre Forderung mit dem Platzmangel in Kindertagesstätten. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf seien mehr Betreuungsplätze von grosser Bedeutung. Der Grosse Rat überwies die Motion mit 64 zu 60 Stimmen. 18 Ratsmitglieder enthielten sich der Stimme. Der Vorstoss führte im Rat zu ungewohntem Abstimmungsverhalten. So unterstützte etwa die SP/JUSO-Fraktion die Forderung, während die SVP mit dem Vorschlag gar nichts anfangen konnte. Die Grünen sprachen zwar von einem wichtigen und richtigen Anliegen, trotzdem lehnten sie den Vorstoss ab oder enthielten sich der Stimme.

EVP-Motion mit Standesinitiative für mehr Entwicklungshilfe

Der Kanton muss sich beim Bund dafür einsetzen, dass dieser die Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,7 Prozent des Volkseinkommens erhöht. Der Grosse Rat stimmte einem Vorstoss für eine entsprechende Standesinitiative mit 73:66 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu. Einen

entsprechenden *kantonalen* Beitrag, hätte der Rat aber abgelehnt (sic!), wäre der Vorstoss in diesem Punkt nicht zurückgezogen worden.

Das Instrument der Standesinitiative erleidet zusehends Abnützungerscheinungen. Es mutiert zum „Briefumschlag mit Schubladisierungsfolge“.

Motion Fischer (SVP) / Flück (FDP) / Leuenberger (BDP) / Burn (EDU) betr. Bürgschaftsgenossenschaft für energetische Sanierungen

Der Grosse Rat will eine Bürgschaftsgenossenschaft einsetzen, um Hauseigentümer zur energetischen Sanierung ihrer Liegenschaften zu motivieren. Er hat daher einen entsprechenden bürgerlichen Vorstoss deutlich überwiesen (121:3 Stimmen bei 7 Enthaltungen). Die Motionäre kritisierten die im Rahmen der Revision des kantonalen Energiegesetzes (Novembersession) vorgeschlagene Sanierungspflicht. Diese sei nicht praktikabel, weil es keine Sanktionsmöglichkeiten gebe. Zudem genügten die finanziellen Anreize nicht. Bei der Energiesanierung gehe es nämlich meist um grosse Investitionen. Daher brauche es ein Instrumentarium, das die sich längerfristig lohnenden Investitionen vorfinanzieren könne, vergleichbar mit einem rückzahlbaren Studiendarlehen.

Eine Bürgschaftsgenossenschaft soll Hauseigentümern durch die Gewährung von Bürgschaften zu vorteilhafteren Bankkrediten verhelfen. Der Vorschlag wird nun im neuen Energiegesetz Einzug finden.

Gesetz für preisgünstige Mietwohnungen und Abschaffung des Wohnraumerhaltungsgesetzes (1. Lesung)

Der Rat lehnte das Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots (PMG) in erster Lesung weitgehendst ab. Das PMG hätte die (unnötige) Grundlage für eine Wiedereinführung einer kantonalen Wohnbauförderung schaffen sollen bzw. dafür, dass der Kanton gemeinnützige Wohnbauträger und ihre Fachorganisationen mit jährlich zwei Millionen Franken unterstützen kann. Zwar trat der Rat auf das Gesetz ein, strich dann aber in einer knappen Abstimmung (77:75 Stimmen) acht von zehn Artikeln auf Antrag der FDP-Fraktion.

Der letzten zwei verbliebenen Artikel, die wiederum Links-Grün vergeblich zu streichen versuchte, heben in Erfüllung einer Motion von Hubert Klopfenstein (FDP) das obsolete Gesetz über die Erhaltung von Wohnraum (WerG) auf Ende des Jahres 2011 auf. Diesem Gesetz ist nur noch die Stadt Bern unterstellt.

Der Rat wird sich in einer zweiten Lesung nochmals mit dem Gesetz befassen und bleibt hoffentlich bei seinen Beschlüssen (man weiss bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen allerdings nie ...).

Motion Steiner (EVP), Stalder-Landolf (FDP), Baltensperger (SP), Brand (SVP) betr. „Vier Jahre Unterricht an Gymnasien“

Mit einer interfraktionellen Motion sollte der Regierungsrat beauftragt werden, „die gymnasiale Ausbildung im Rahmen eines ungebrochenen vierjährigen Ausbildungsgangs an Gymnasien stattfinden zu lassen“.

Diese Forderung hatte den Grossen Rat schon mehrmals beschäftigt. Auch diesmal konnte er sich nicht zu einer klaren Haltung durchringen und überwies den Vorstoss wie erwartet bloss in der unverbindlichen Postulatsform (mit 87 zu 51 Stimmen). Zuerst sollen die Ergebnisse der Evaluation der Maturitätsreform (Evamar II) detailliert analysiert werden.

Justizreform II (2. Lesung)

Der Grosse Rat beschloss in zweiter Lesung (Kommissionspräsident: Adrian Kneubühler, FDP) die so genannte Justizreform II. Diese reduziert die 13 Gerichtskreise auf vier Gerichtsregionen und soll die Justiz effizienter machen.

In den Grundzügen war die Justizreform, die 2011 in Kraft treten soll, unbestritten. Sie ist nötig, weil das Zivilprozess-, Strafprozess- und das Jugendstrafprozessrecht auf Bundesebene vereinheitlicht wurden.

Bereits 2006 hatten die Berner Stimmberechtigten an der Urne die verfassungsmässige Grundlage für die Reform geschaffen. Diese reduziert nun die derzeit 13 erstinstanzlichen

Gerichte auf vier Regionalgerichte mit Sitz in Bern, Burgdorf, Thun und Biel. Der Berner Jura erhält eine so genannte Zweigstelle in Moutier. Neu sollen Streitfälle zuerst vor Schlichtungsstellen behandelt werden, bevor sie vor dem Richter oder der Richterin landen. Die Untersuchungsrichter wird es nicht mehr geben, dafür erhalten die Staatsanwaltschaften mehr Kompetenzen.

Bevor der Rat die drei von der Reform betroffenen Gesetze zu Ende beraten konnte, musste er noch die letzten strittigen Punkte klären. Dabei ging es zunächst um die Beibehaltung der Arbeitsgerichte, wo eine Kompromisslösung gefunden werden konnte. Eine weitere wichtige Frage war, ob bei der Jugendgerichtsbarkeit weiterhin das Jugendrichtermodell gelten soll, wie dies die Regierung und die welsche Minderheit im Rat verlangte oder ob das von der Kommission favorisierte Jugendanwaltschaftmodell gewählt werden soll. Hier sprach sich der Rat deutlich für das Anwaltschaftsmodell aus.

Susanne Bommeli als neue 2. Vizepräsidentin des Grossen Rates



Auf Antrag der FDP-Fraktion wählte der Grosse Rat, Susanne Bommeli zur neuen 2. Vizepräsidentin. Susanne wird damit indirekt für ihre langjährige, engagierte und wirkungsvolle politische Arbeit „entschädigt“. Wir freuen uns, im Jahr 2011 mit Susanne das Ratspräsidium stellen zu können und wünschen ihr schon heute viel Erfolg.

Hans-Jürg Käser als neuer Regierungspräsident



Mit einem Glanzresultat wählte der Grosse Rat Hans-Jürg Käser zum Regierungspräsidenten 2009. Wir gratulieren unserem geschätzten Regierungsrat sehr herzlich und freuen uns auf den willkommenen „Rückenwind“ im Vorwahljahr.

Corinne Schmidhauser als neues Fraktionsmitglied



Nach sieben Jahren trat unsere geschätzte Kollegin, Therese Kohler-Jost, Mühlethurnen, per 31. Mai 2009 aus dem Rat zurück. Sie wird nun durch Corinne Schmidhauser, Zollikofen, würdig ersetzt. Wir haben Corinne bereits als engagierte Kollegin kennen gelernt und in der Fraktion gut aufgenommen. Alles Gute liebe Corinne!

Hans Rudolf Feller neu in der Steuerungskommission



Neben Eva Desarzens und Hans-Jörg Pfister amtiert neu Harry Feller in der Steuerungskommission. Als ehemaliger Finanzchef der Gemeinde Steffisburg bringt er beste Voraussetzungen für dieses „Zahlenamt“ mit. Harry wurde denn auch vom Rat mit einem tollen Resultat (113 von 119 gültigen Stimmen) gewählt.